

27. Mai 2011
ORF.at

Verkehr ÖBB verlagern Stückgutverkehr auf Straße



Von der Straße auf die Schiene - diesen umweltfreundlichen Anspruch kann die ÖBB derzeit nicht erfüllen: Mit April wurde fast die Hälfte des Stückgutverkehrs des Rail Cargo Centers in Werndorf auf die Straße verlagert.

Christgewerkschafter: "Nicht vertretbar"

Die Christgewerkschafter rechnen mit 7.000 zusätzlichen Fahren pro Jahr oder zusätzlichen 2.800 Tonnen CO2.

Rail Cargo Austria verlegte mit April 43 Prozent des Stückgutverkehrs - das sind laut ÖBB nur knapp ein Prozent des gesamten Güterverkehrs - von der Schiene auf die Straße - das bedeutet täglich 30 Lkws mehr, die durch die Steiermark rollen sowie auch den Verlust von Arbeitsplätzen im Cargo Center in Werndorf, sagt Christgewerkschafter Franz Gosch

"Das ist aus unserer Sicht wirtschaftlich, aber auch umwelttechnisch nicht vertretbar. Ich denke, dass hier auch die Politik eingreifen sollte, denn wenn wir wissen, dass Feinstaubausstoß und CO2 ohnehin klimaschädigende Maßnahmen sind, dann sollte nicht die ÖBB, die hier die Möglichkeit hätte, umweltfreundlich ihre Güter zu transportieren, noch zusätzlich in dieses Maß hinein stoßen", so Gosch.

Die Christgewerkschafter rechnen mit 7.000 zusätzlichen Fahren pro Jahr oder zusätzlichen 2.800 Tonnen CO2, die die steirische Umwelt belasten.

ÖBB: "Notwendige Sparmaßnahme"

"Die Sanierung der Güterverkehrssparte ist alternativlos."

Die ÖBB bestätigen die Verlagerung von der Schiene auf die Straße als notwendige Sparmaßnahme bei der defizitären Rail Cargo Austria.

"Das ist eine von mehreren kleinen Maßnahmen, um die Sanierung der ÖBB-Güterverkehrssparte voranzutreiben, und diese Sanierung ist alternativlos. Denn alles andere würde bedeuten, dass es dieses Unternehmen nicht mehr geben würde und deutlich mehr Güterverkehr auf der Straße stattfinden würde als bisher", sagt ÖBB-Sprecher Walter Mocnik.

Parlamentarische Anfrage

Die Christgewerkschafter wollen die teilweise Verlagerung des Stückgutverkehrs auf die Straße nicht hinnehmen und eine parlamentarische Anfrage an Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) initiieren, um das Ausmaß des Schadens für die Bevölkerung aufzuzeigen.

Link zum Online-Artikel:
<http://stmv1.orf.at/stories/517853>